

Mohr Siebeck
72010 Tübingen
Postfach 20 40
ISSN 0022-6882

Redaktion:
72074 Tübingen
Wilhelmstraße 18
e-mail: jz@mohr.de

Telefon
(07071) 923-52
Telefax
(07071) 923-67



Juristen Zeitung

2

59. Jahrgang
23. Januar 2004
Seiten 53–104

Aus dem Inhalt:

Armin von Bogdandy

Europäische Verfassung und europäische Identität

Horst Ehmann und Holger Sutschet

Schadensersatz wegen kaufrechtlicher
Schlechtleistungen – Verschuldens- und/oder
Garantiehaftung

Hans Kudlich

Katzenkönig & Co. – Übersinnliches vor den
Strafgerichten

Kyrill-A. Schwarz

Subventionsabbau im Spannungsfeld von politischer
Gestaltungsfreiheit und grundrechtlicher Bindung

EuGH mit Anmerkung von

Axel Metzger

Gemeinschaftsrechtliche Kollisionsregel
für die Aufrechnung

BGH mit Anmerkung von

Thomas M. J. Möllers

Zur Haftung bei sportlichen Wettbewerben

BGH mit Anmerkung von

Dirk Olzen

Erbeinsetzung von Schwiegerkindern

OLG Karlsruhe mit Anmerkung von

Ingeborg Puppe

Tatsache und Werturteil



zeugen. Der Kläger hat nach seiner Behauptung an seinem Fahrzeug einen Sachschaden von ca. 25 000,00 DM erlitten, den er selber tragen muß. Träfe der Rechtsstandpunkt der Revision für sämtliche Teilnehmer der Veranstaltung zu, hätte der Kläger einen von ihm ohne Regelverletzung an einem der bis zu 200 000,00 DM teuren Fahrzeuge der Mitbewerber verursachten Totalschaden ohne ausreichenden Versicherungsschutz aus eigenen Mitteln ersetzen müssen. Aus der Sicht des Klägers hätte danach im Gegenteil aller Anlaß bestanden, einem Haftungsausschluß (aller Teilnehmer) zuzustimmen, um eine derartige Folge zu vermeiden.

c) Danach hat das Berufungsgericht Ansprüche des Klägers gegen die Beklagten zutreffend verneint. Versicherungsschutz besteht für die hier in Frage stehende Haftung nicht. Der Beklagte zu 2) beruft sich mit Recht auf den Risikoausschluß des § 2 b Abs. 3 b AKB. Dies ergibt sich ohne weiteres daraus, daß es sich – wie ausgeführt – bei der Veranstaltung vom 6. 8. 2000 um ein Rennen handelte. Diesen Risikoausschluß kann die Beklagte zu 2) gemäß § 3 Nr. 1 PflVG i. V. m. § 4 Nr. 4 KfzPflVV auch dem Kläger entgegenhalten.

Anmerkung

Professor Dr. Thomas M. J. Möllers, Universität Augsburg

In der zur Veröffentlichung bestimmten Entscheidung hatte sich der VI. Zivilsenat des BGH mit einem Porscherennen am Hockenheimring zu beschäftigen. Nach dem Reglement der Veranstaltung bestand der Wettbewerb darin, innerhalb von 20 Minuten zwei beliebige Runden in der absolut gleichen Zeit zu fahren. Bei erfolgreicher Zeitgleichheit entschied die höhere Anzahl der Runden und dann die höhere Durchschnittsgeschwindigkeit. Der Beklagte versuchte mit seinem Fahrzeug beim Durchfahren einer Rechts/Links/Rechtsschikane den Kläger links zu überholen, kam dabei von der Fahrbahn ab und drehte sich dann auf diese zurück. Das Fahrzeug kollidierte mit dem Fahrzeug des Klägers; es entstand ein Schaden, den der Kläger in Höhe von 25.000,- DM selbst zu tragen hatte. In einer vom Kläger unterschriebenen Nennungserklärung hatte dieser einen Haftungsausschluß anerkannt. In allen drei Instanzen blieb die Klage gegen den Unfallverursacher bzw. seine Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung ohne Erfolg.

I. Die Begründung des BGH

In umfangreichen Ausführungen bejaht der BGH das Vorliegen eines Rennens gem. § 29 Abs. 1 StVO, § 2 b Abs. 3 b AKB und § 4 Nr. 4 KfzPflVV, da letztlich bei der Veranstaltung möglichst schnell gefahren werden sollte. Das hat zur Folge, dass die Kraftfahrzeugversicherung zur Ersatzleistung nicht verpflichtet ist. Unter Fortführung der Rechtsprechung, die bei einem Fußballspiel schon einen Haftungsausschluß zugunsten des Schädigers bejaht hatte, überträgt der BGH dies auf Autorennen und nennt drei Kriterien, bei deren Vorliegen ein Haftungsausschluß eingreift: (1.) Es handelt sich um einen sportlichen Wettbewerb mit nicht unerheblichem Gefahrenpotential, (2.) auch bei Einhaltung der Regeln oder einer geringfügigen Regelverletzung besteht die Gefahr gegenseitiger Schadenszufügung und (3.) dem Kläger dürfe kein wesentlicher Regelverstoß zur Last gelegt werden¹.

Zur Begründung seiner Entscheidung setzt der BGH den Fall ins Verhältnis zu seiner früheren Rechtsprechung. Den Autorennen-Fall vergleicht er mit der Mitfahrer-², der Fahrer-³ und Fußballspieler-Entscheidung⁴. In der Mitfahrer- und Fahrer-Entscheidung hatte der BGH einen Haftungsausschluß verneint, weil der Fahrt kein höheres Unfallrisiko innewohne als anderen Fahrten und zudem Versicherungsschutz bestehe; der Fahrerlehrgang wolle die Fähigkeit der Fahrer zur Beherrschung ihrer Fahrzeuge verbessern und sei damit mit einem Autorennen nicht vergleichbar⁵. Umgekehrt würden bei einem sportlichen Wettkampf Verletzungen in Kauf genommen; diese Grundsätze seien auf Rennveranstaltungen übertragbar.

II. Kritik

Der Entscheidung ist zwar im Ergebnis zuzustimmen. Die Begründung ist aber in zahlreichen Punkten unvollständig; die Kriterien eines Haftungsausschlusses sind zu unpräzise formuliert.

1. Verhältnis zum Vertragsrecht

Leider lagen dem BGH als Revisionsinstanz nicht die erforderlichen tatsächlichen Feststellungen vor, um prüfen zu können, welche Wirkung dem im Nennungsformular vereinbarten vertraglichen Haftungsausschluß zukam. Bei einem vereinbarten Haftungsausschluß hätte der Kläger einen Verstoß gegen das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen dartun müssen. Jetzt dreht sich die Beweislast und der Schädiger muss mühsam darlegen, dass es sich um eine Haftung ausschließende Rennveranstaltung handelte und der Geschädigte billigerweise nicht auf eine Haftung vertrauen durfte. Wenn der BGH argumentiert, die Gefahren seien den Beteiligten bekannt⁶, gerät er bei einem stillschweigend vereinbarten Haftungsausschluß⁷ schnell in den Bereich der Fiktion⁸. Die Argumentation ist auch deshalb angreifbar, weil der BGH zu einem Haftungsausschluß gem. § 2 b Abs. 3 AKB nur durch eine weite Auslegung des Rennbegriffs kommt und sich die Parteien wohl kaum Gedanken über diesen Begriff gemacht haben⁹. So wird dem Urteil ein hohes Maß an argumentativer Überzeugungskraft genommen.

2. Die Methode des Vergleichsfalls

Die Ausführungen sind ein schönes Beispiel für die Vergleichsfallmethode¹⁰. Sie belegen sehr klar, dass sich der Richter auch im Rahmen einer Kodifikation wegen der nicht subsumierbaren Vorgaben der kleinen Generalklausel des

² BGHZ 39, 156 – Kein Haftungsausschluß gegenüber dem Mitfahrer.

³ OLG Hamm zfs 1990, 23 = RuS 1990, 43 – Rundstrecke in Zandvoort.

⁴ BGHZ 63, 140 = JZ 1975, 122 (dazu Grunsky, S. 109) = NJW 1976, 109 = VersR 1974, 137 (m. Anm. Deutsch S. 1045) – Haftungsausschluß eines Fußballspielers.

⁵ Unter II.2.b)aa) (1).

⁶ Unter II.2.b)bb) (3).

⁷ So das OLG; der BGH greift dies nicht an, lässt aber die dogmatische Begründung dann offen, s. sogleich unter 3.b).

⁸ Dieses Problem stellt sich immer, soweit „stillschweigend“ ein Vertrag oder ein Haftungsausschluß vereinbart wurde. Kritisch zu dieser Konstruktion deshalb schon Mertens, in: Soergel, BGB, 12. Aufl. 1990, § 254 Rdn. 50; Schiemann, in: Staudinger, BGB, 13. Bearb. 1998, § 254 Rdn. 65.

⁹ Unter II.2.b)aa)(3) am Ende.

¹⁰ Bydlinski, Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff, 2. Aufl. 1991, S. 548 ff.; Zippelius, Juristische Methodenlehre, 8. Aufl. 2003, § 12; Vogel, Juristische Methodik, 1998, § 10. II.; Haft, Juristische Rhetorik, 5. Aufl., 1995; S. 147; Möllers, Juristische Arbeitstechnik und wissenschaftliches Arbeiten, 2. Aufl. 2002, S. 98. Zur Rechtsfindung im anglo-amerikanischen Recht s. Fikentscher, Methoden des Rechts, Bd. 2, 1975, S. 95 ff.; Langenbacher, Die Entwicklung und Auslegung von Richterrecht, 1996.

¹ S. hierzu auch den Leitsatz.

§ 823 Abs. 1 BGB vorrangig mit den früheren Urteilen zu beschäftigen hat – die klassische Arbeitsweise, die typischerweise im common law vorherrscht¹¹.

a) Fehlende Abgrenzung zur bisherigen Rechtsprechung

Es verwundert aber, dass der *BGH* sich mit der reichhaltigen Rechtsprechung der Oberlandesgerichte nicht inhaltlich auseinandersetzt, sondern diese nur – und zum Teil unzutreffend – zitiert¹². Auch die Auseinandersetzung und Abgrenzung zur eigenen Rechtsprechung gerät zu kurz. Der Leitsatz und die eingangs genannten Kriterien sind irreführend, denn sie vermitteln den Eindruck, jede Art von Autorennen bzw. eines sportlichen Wettbewerbs könnte zu einem Haftungsausschluss führen. Das hat der *BGH* wohl aber nicht gewollt. Ebenso wenig kann entscheidend sein, ob das Rennen auf einer öffentlichen Straße oder auf einer besonders gesicherten Strecke stattfindet¹³.

Vielmehr verlangt schon der eindeutige Wortlaut des § 2 b Nr. 3 lit. b AKB, der den Risikoausschluss begründet, dass es bei den Fahrtveranstaltungen auf die „Erzielung einer Höchstgeschwindigkeit“ ankommt.“ Folglich wurde bei der Rallye Monte Carlo ein Haftungsausschluss zulasten des Geschädigten verneint, als der Unfall während einer Zuverlässigkeitsetappe eintrat, da für diese die Regeln des öffentlichen Straßenverkehrs galten¹⁴. Konsequenterweise war deshalb auch ein Haftungsausschluss zu verneinen, als ein Motorradfahrer auf dem Nürburgring wegen einer Ölspur zu Fall kam, weil bei der Rallye als Dauerprüfung eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 107 km/h gefahren werden sollte; damit wäre die Geschwindigkeit nicht höher als auf Autobahnen – es sollte wiederum gerade keine Höchstgeschwindigkeit erzielt werden¹⁵.

b) Fallgruppenvergleich

Neben diesen Entscheidungen der Rechtsprechung hätte es sich angeboten, nach vergleichbaren Fällen auch über die nationalen Grenzen hinweg zu suchen. In der Fußballspiel-Entscheidung aus dem Jahre 1974 hatte sich der *BGH* erfreulicherweise auch rechtsvergleichend auf das österreichische und französische Recht bezogen¹⁶. Einen solchen Ansatz vermisst man jetzt, obwohl in der Zwischenzeit die Gerichtspraxis in anderen Staaten aufbereitet wurde¹⁷. In der Literatur wird z. B. danach unterschieden, ob es sich um eine Individualsportart¹⁸ handelt oder eine Mannschaftssportart¹⁹ bzw. parallele Sportart oder Sportausübung mit Kampfcharakter²⁰. Weil nur bei letzterer ein körperlicher Kontakt üblicherweise stattfindet, bestehe eine erhöhte Gefährdungs-

lage, welche den Haftungsausschluss rechtfertige²¹. Doch kommt man mit dieser Abgrenzung nicht recht weiter, wie Fälle zu Squash²², Fahrradtraining²³ oder das hier zu entscheidende Autorennen zeigen, da der Haftungsausschluss bejaht wurde, obwohl kein Mannschaftssport vorlag. Weiterführend finden sich dagegen zahlreiche Urteile in den USA, die bei Autorennen einen Haftungsausschluss begründet haben²⁴.

3. Wertungen und dogmatische Einordnung

a) Die Parteien und die Interessen der Beteiligten

Der formale Bezugspunkt zu diesem oder jenem früheren Fall reicht mithin nicht aus; vielmehr bedarf es der teleologischen Übereinstimmung mit dem früheren Fall.

Neben der *Typizität* – das nicht unerhebliche Gefährdungspotential – nennt der *BGH* zu Recht auch die *Reziprozität*: Kein Geschädigter soll einen Schaden geltend machen, den er ebenso gut selbst hätte zufügen wie erleiden können²⁵. Daraus muss man nicht zwingend die Treuwidrigkeit im Sinne eines *venire contra factum proprium* ableiten²⁶. Das ergibt sich schon aus der Ausübung der Sportart selbst: Wenn es Ziel des Wettbewerbs ist, als erster ins Ziel kommen, ist das Überholen und damit die Kollisionsgefahr dem Wettbewerb immanent. Folglich kann auch kein Erfahrungssatz bestehen, das derjenige, der in einer Kurve von der Straße abkommt, sich grob fahrlässig verhält. Die Kurve möglichst schnell anzugehen, ist für das Autorennen geradezu typisch. Ansonsten müsste bei einem Auffahrunfall der Geschädigte wegen Mitverschuldens haften, da er als Auffahrender nicht den notwendigen Abstand eingehalten hat²⁷. Dass hier § 1 Abs. 1 StVO, das im Straßenverkehr einzuhaltende gegenseitige Rücksichtnamegebot, nicht gilt, ist offensichtlich.

b) Die fehlende dogmatische Einordnung

Stärker als im anglo-amerikanischen Recht ist der Richter in Deutschland aufgefordert, seine Ergebnisse nicht nur mit der früheren Rechtsprechung, sondern auch mit der bisherigen Dogmatik zu begründen bzw. mit dieser abzustimmen. Der *BGH* nennt hier als dogmatische Strukturen den eingeschränkten Fahrlässigkeitsmaßstab, die Einwilligung, den stillschweigenden Haftungsverzicht oder -ausschluss, das Handeln auf eigene Gefahr und die treuwidrige Inanspruchnahme des Mitbewerbers²⁸. Allerdings beschränkt er sich darauf, die Problematik als widersprüchliches Verhalten anzusehen, ohne sich mit der Gegenansicht auseinanderzusetzen; konsequenterweise müsste der *BGH* sowohl die Rechtswidrigkeit als auch das Verschulden bejahen²⁹.

Auch die Einwilligung in die Rechtsgutsverletzung, die der *BGH* für gefährliche Autorennen noch in seiner Ent-

11 Zur Annäherung von *common law* und *civil law* s. Gordley ZEuP 1993, 498 ff.; Kötz ZEuP 1998, 493 ff.

12 S. Fn. 14.

13 Nicht eindeutig die Ausführungen unter II.2.a)aa).

14 Das Überschreiten der jeweils gültigen Höchstgeschwindigkeit wurde mit Punktabzug sanktioniert, *BGH* VersR 1976, 381, 382 – Rallye Monte Carlo; ebenso *Bentlage* VersR 1975, 1118, 1119; *Stiefel/Hofmann*, Kraftfahrtversicherung, AKB-Kommentar, 17. Aufl. 2000, § 2 Rdn. 159.

15 *OLG Koblenz* NJW-RR 1994, 1369 = NZV 1995, 21 – Motorradrallye. Der *BGH* zitiert diese Entscheidung allerdings als andere Ansicht.

16 Zur Haftungsfreistellung im österreichischen und französischen Recht s. die Nachweise in *BGHZ* 63, 140, 145 f.

17 Rechtsvergleichende Ausführungen umfangreicher Art zu den Sportunfällen finden sich beispielsweise bei *von Bar*, Gemeineuropäisches Deliktsrecht, Bd. 2, 1999 Rdn. 253–273; *Fleischer* VersR 1999, 785 ff.

18 Z.B. *OLG Hamm* NJW-RR 1990, 926 – Kein Haftungsausschluss bei einem Segelregattaunfall.

19 *von Bar* (Fn. 17), Rdn. 259 ff.

20 *Mertens*, in: MünchKomm, BGB, 3. Aufl. 1997, § 823 Rdn. 327 f.; ihm folgend *Erman/Schiemann*, BGB, 10. Aufl. 2000, § 823 Rdn. 102.

21 Deshalb zählt *Mertens* (Fn. 20) Squash, Tennis etc. zum Sport im kämpferischen Einsatz miteinander; a.A. dagegen *von Bar* (Fn. 17).

22 *OLG Hamm* VersR 1985, 296 – Squash-Trainingsspiel.

23 *OLG Zweibrücken* VersR 1994, 1366 – Radtraining.

24 In den Fällen war jeweils ein Haftungsverzicht unterzeichnet worden, s. *Haines v. St. Charles Speedway, Inc.* 874 F.2d 572 C.A.8 (Mo.) 1989; *Grbac v. Reading Fair Co., Inc.* 521 F.Supp. 1351, D.C.Pa. 1981; *Donegan v. Beech Bend Raceway Park, Inc.* 894 F.2d 205, C.A.6 (Ky.) 1990.

25 Für den konkreten Fall unter II.2.b)bb)(4); *OLG Düsseldorf* VersR 1996, 343 – Radwanderung; allgemein auch *Fleischer* VersR 1999, 785, 788.

26 So aber schon *BGHZ* 63, 140, 144 ff.; ablehnend dagegen *Grunsky* JZ 1974, 109, 111; *Mertens* (Fn. 20); *Kötz/Wagner*, Deliktsrecht, 9. Aufl. 2001, Rdn. 558; *Schiemann* (Fn. 8), Rdn. 66. Ohne sich mit der Gegenansicht auseinanderzusetzen, wiederholt der *BGH* die Argumentation jedoch wieder unter II.2.b)bb)(3).

27 *OLG Düsseldorf* NJW-RR 1997, 408, 409 – Haftungsausschluss bei Go-Kart-Rennen.

28 Unter II.2.b)aa).

29 Zur Gegenansicht s. beispielsweise gerade Fn. 26.

scheidung aus dem Jahre 1974 angenommen hatte³⁰, überzeugt nicht. Eine Einwilligung in die Rechtsgutsverletzung mag für das Boxen als Kampfsport noch nachvollziehbar sein. Die anderen Sportarten zielen aber üblicherweise nicht auf die Verletzung von Rechtsgütern des Konkurrenten. Zu Recht hat der BGH diesen Gedanken in dieser Entscheidung auch nicht wieder weiter verfolgt³².

Eine inhaltliche Auseinandersetzung ist mit der im Vorbringen befindlichen Lehre lohnend: Danach sind Rechtsverletzungen, die ohne (bewiesene) Regelverletzungen eintreten, nicht ohne weiteres rechtswidrig. Es bedarf der positiven Feststellung eines verkehrspflichtwidrigen Verhaltens³². Auch bei einem geringfügigen Regelverstoß, der sich im Eifer der sportlichen Auseinandersetzung oft schwer vermeiden lässt, ist eine Verkehrspflichtwidrigkeit abzulehnen³³.

c) Makroökonomische Auswirkungen

Schließlich ist der Richter bei der Prüfung deliktsrechtlich relevanter Fälle aufgerufen, die makroökonomischen Auswirkungen zu berücksichtigen. Auch hier bleiben die Ausführungen des BGH recht vage, weil er offen lässt, was gilt, wenn Versicherungsschutz besteht. Hier sollte man klar differenzieren: Soweit die Höchstgeschwindigkeit bei diesem Rennen erzielt werden sollte, tritt die *Kraftfahrzeugversicherung* nicht ein. Ein solcher Haftungsausschluss ist ökonomisch sachgerecht, weil das Unfallrisiko bei solchen Fahrten in ungewöhnlichem Maße gesteigert ist und deshalb nicht von der Allgemeinheit der Versicherten getragen werden soll.

Von der Behörde genehmigte Rennen müssen aber üblicherweise mit einer eigenen *Rennversicherung* abgesichert werden³⁴. Anderenfalls würde eine für das Verkehrssopfer unzumutbare Lücke der Pflichtversicherung bestehen³⁵ und die Behörde müsste solche Rennen vollumfänglich verbieten. Wenn eine solche *Rennversicherung* eingreift, besteht auch kein Grund, einen Haftungsausschluss zu begründen; vielmehr wäre dann ein Haftungsausschluss treuwidrig. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum der BGH diese Aussage als *obiter dictum* nicht getroffen hat; jetzt bleibt wiederum Raum für Spekulationen.

Im Ergebnis hätte man von dem Urteil ein wenig mehr an Präzision erwartet. So gibt die Rechtsprechung nur bedingt Hilfestellung für die weitere dogmatische Durchdringung des Deliktsrechts. Bezüglich der Ausführungen zum Haftungsausschluss bei sportlichen Wettbewerben erscheint die Entscheidung widersprüchlich, weil sie einen Haftungsausschluss auch für den Fall suggeriert, dass kein Rennen zur Erzielung einer Höchstgeschwindigkeit vorliegt.

Bürgerliches Recht

Unter Hinweis auf die „typische Lebenserfahrung“ lehnt der BGH die analoge Anwendung des § 2077 BGB auf die Erbeinsetzung einer (ehemaligen) Schwiegertochter ab. Olzen (JZ 2004, 99) widerspricht und begründet dies mit den Wertungen des gesetzlichen Erbrechts.

BGB § 2077.+

§ 2077 BGB ist auf die Erbeinsetzung von Schwiegerkindern nicht entsprechend anwendbar.

BGH, Beschluß v. 2. 4. 2003 – IV ZB 28/02 (OLG Naumburg).

Die Beteiligten streiten über die Erbfolge nach der Mutter des Beteiligten zu 2) bzw. früheren Schwiegermutter der Beteiligten zu 1).

In dem aus Anlaß ihrer Ausreise nach Westdeutschland errichteten notariellen Testament vom 24. 9. 1976 berief die Erblasserin zu ihren Erben ihren „Sohn W. E. ... sowie dessen Ehefrau S. E. ... zu gleichen Anteilen“.

Nach ihrer Rückkehr Anfang der 90iger Jahre lebte die Erblasserin im Haushalt der Beteiligten, bis diese sich 1996 trennten, und blieb dann bei ihrem Sohn. Die Ehe wurde am 7. 3. 2000 geschieden. Die Erblasserin verstarb am 14. 10. 2000.

Die Beteiligte zu 1) ist der Auffassung, sie sei als Person und nicht als Ehefrau bedacht und damit Miterbin geworden. Der Beteiligte zu 2) hält dagegen ihre Erbeinsetzung wegen der Scheidung für unwirksam und verweist zusätzlich auf die Regelung des § 2077 BGB.

Das AG hat als Nachlassgericht den von der Beteiligten zu 1) beantragten gemeinschaftlichen Erbschein erteilt; danach ist die Erblasserin aufgrund testamentarischer Erbfolge von den Beteiligten zu je 1/2 beerbt worden. Auf die Beschwerde des Beteiligten zu 2) hat das LG u. a. gestützt auf eine analoge Anwendung des § 2077 Abs. 1 BGB, das AG angewiesen, den gemeinschaftlichen Erbschein einzuziehen. Das OLG möchte der dagegen gerichteten weiteren Beschwerde der Beteiligten zu 1) stattgeben, weil § 2077 BGB nicht analog auf die Erbeinsetzung von Schwiegerkindern anzuwenden sei. Daran sieht es sich jedoch durch die gegenteilige Auffassung in dem ebenfalls im Verfahren der weiteren Beschwerde ergangenen Beschluß des OLG Saarbrücken vom 23. 6. 1993 (FamRZ 1994, 1205 f. = NJW-RR 1994, 589) gehindert und hat die Sache dem BGH gemäß § 28 Abs. 2 FGG zur Entscheidung vorgelegt. Die weitere Beschwerde hatte Erfolg.

Aus den Gründen:

I. Die Voraussetzungen einer Vorlage an den BGH gemäß § 28 Abs. 2 FGG sind gegeben. Die Entscheidung des Falles hängt von der Antwort auf die Vorlagefrage ab, die das OLG Saarbrücken anders entschieden hat, als es dem vorlegenden OLG Naumburg zutreffend erscheint.

Zwar beanstandet das OLG Saarbrücken im Ausgangspunkt seiner Entscheidung nur, das Beschwerdegericht habe die allgemeinen Auslegungsregeln nicht berücksichtigt und die den besonderen erbrechtlichen Auslegungsregeln des § 2077 Abs. 1 und 3 BGB zugrunde liegenden Rechtsgedanken nicht beachtet. Die weiteren Gründe zeigen jedoch, daß die Entscheidung auf der analogen Anwendung des § 2077 BGB beruht. Ob die vom OLG Saarbrücken deswegen angenommene Unwirksamkeit der Erbeinsetzung der später geschiedenen Schwiegertochter bereits über eine ergänzende Auslegung des Erbvertrages zu erreichen gewesen wäre (vgl. Staudinger/Otte, BGB [1995] § 2077 Rdn. 29; Erman/M. Schmidt, BGB 10. Aufl. § 2077 Rdn. 7; Brox, Erbrecht, 19. Aufl. Rdn. 219), ist für die Statthaftigkeit der Vorlage ohne Bedeutung. Erforderlich aber auch ausreichend ist, daß das vorlegende OLG bei der Beschlußfassung über die weitere Beschwerde von der Entscheidung eines anderen OLG abweichen will, die von anderer Beurteilung der Rechtsfrage getragen wird (vgl. Keidel/Kuntze/Winkler, FGG 13. Aufl. § 28 Rdn. 14 m. w. N.), und es selbst die Rechtsfrage als erheblich ansieht (Senat, Beschluß v. 3. 5. 1968 – IV ZB 502/68, MDR 1968, 650 f.). Das ist hier der Fall.

II. Die gemäß §§ 20, 27, 29 FGG zulässige weitere Beschwerde hat in der Sache Erfolg.

1. Das Testament wurde zwar unter der Geltung des Zivilgesetzbuches der DDR errichtet. Die Erblasserin starb aber erst nach der Wiedervereinigung. Deshalb gilt für die Auslegung des Testaments, um die es hier geht, das Bürgerliche Gesetzbuch. Die Ausnahmen des Art. 235 § 2 EGBGB sind nicht gegeben.

30 BGHZ 63, 140, 144; BGH VersR 1995, 583, 584 – Badesteg. Kritisch auch Schiemann (Fn. 8), Rdn. 67.

31 Auf den wenig überzeugenden stillschweigenden Haftungsausschluss wurde schon oben unter II.1. eingegangen.

32 Mertens (Fn. 20), Rdn. 332 spricht allerdings noch von „sozial adäquat“; Erman/Schiemann (Fn. 20); Hager, in: Staudinger, BGB, 13. Bearb. 1999, vor § 823 Rdn. 54; Fleischer VersR 1999, 785, 787.

33 Erman/Schiemann (Fn. 20), Rdn. 104; a.A. Fleischer VersR 1999, 785, 787: „fehlendes Verschulden“.

34 S. Stiefel/Hofmann, Kraftfahrtversicherung, AKB-Kommentar, 17. Aufl. 2000, § 2 Rdn. 141, 158.

35 Man denke etwa daran, dass sich der Geschädigte eine Querschnittslähmung zuzieht.